

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



AUVA: Arbeitnehmern drohen Mehrkosten!

„Die AUVA wird nicht wie ursprünglich angekündigt zerschlagen. Es soll auch keine Leistungskürzungen geben. Die breiten Proteste waren also zum Teil erfolgreich“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer. Vehement lehnt Kalliauer jedoch drohende Mehrkosten für die ArbeitnehmerInnen ab.

Sozialministerin Hartinger-Klein hat für die AUVA wörtlich eine „Leistungsgarantie“ abgegeben. AK-Präsident Kalliauer wird die Ministerin beim Wort nehmen. Mehr als skeptisch ist er allerdings, was die Folgen der geplanten Kürzungen von insgesamt 430 Millionen Euro betrifft.

Kampf gegen neue Belastungen

So würden geringere Zahlungen an die Krankenkassen (für Arbeitsunfallbehandlungen in anderen Krankenhäusern) sowie die Abschaffung der AUVA-finanzierten Entgeltfortzahlung für erkrankte Beschäftigte in Klein- und Mittelbetrieben den ArbeitnehmerInnen beträchtliche Mehrkosten aufbürden.

Kalliauer: „Eine solche Verschiebung der Finanzierungslast zu den Beschäftigten werden wir konsequent bekämpfen.“ Diese Verschiebung wäre nur der Anfang, denn

die Kürzungen bei den zusätzlich geplanten Einschnitten in der gesamten Sozialversicherung sollen bis 2022 rund eine Milliarde Euro betragen!

Vermögenssteuern anheben

„Wenn die Regierung Geld lukrieren will, soll sie nicht die Unternehmen beschenken, wie sie es nun bei der AUVA durch Senkung des Dienstgeberbeitrages tun will, sondern die Gewinnsteuern der Unternehmen sowie die Vermögenssteuern für Reiche auf ein international übliches Niveau anheben“, fordert AK-Präsident Kalliauer. ■

„Dass die Regierung wieder einmal die Beschäftigten abkassiert, werden wir sicher nicht hinnehmen!“

**AK-Präsident
Dr. Johann Kalliauer**

